

**Beschlusssmappe zum 45. Landesdelegiertentag der Schüler Union Niedersachsen
27./28.06.2015 Cuxhaven**

Beschlusssmappe

Sachanträge zum 45. Landesdelegiertentag der Schüler Union Niedersachsen
am 27./28. Juni 2015 in Cuxhaven



**Beschlussmappe zum 45. Landesdelegiertentag der Schüler Union Niedersachsen
27./28.06.2015 Cuxhaven**

S 001

Kreisverband Celle (01)

Beschluss: Angenommen

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schüler Union Niedersachsen setzt sich für die Einführung der Abiturnoten 0.8 und 0.9 ein.

Begründung:

Dies schafft einen besseren Vergleich für erfolgreiche niedersächsische Abiturienten mit Abiturienten aus Bundesländer mit 0.8 und 0.9 Abiturnoten.

S 002

Kreisverband Celle (02)

Beschluss: Angenommen

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schüler Union Niedersachsen spricht sich klar gegen die geschlossene Ganztagschule und für die offene Ganztagschule aus. Die Schüler Union Niedersachsen fordert darüber hinaus eine bessere finanzielle Ausstattung der offenen Ganztagschule.

Begründung:

Die geschlossene Ganztagschule bietet nicht genügend Freiraum und übergeht Eltern in der Erziehung, ohne ihnen eine Wahl zu geben wie an einer offenen Ganztagschule.

S 003

Kreisverband Celle (03)

Beschluss: Angenommen

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schüler Union Niedersachsen fordert Direktwahlen von Schülersprechern.

Begründung:

Dies sorgt an den Schulen für mehr Transparenz.

S 004

Kreisverband Celle (04)

Beschluss: Abgelehnt

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen

Die Schüler Union Niedersachsen fordert, dass das Seminarfach nur noch in Q1 und Q2 unterrichtet und der Schwerpunkt des Seminarfachs auf die Heranführung an das wissenschaftliche Arbeiten an den Universitäten gelegt wird.

Begründung:

Das Seminarfach wird für gewöhnlich in der 9. und 10. Stunde einmal in der Woche unterrichtet. Somit haben die Schülerinnen und Schüler an einem Tag in der Woche erst gegen 17:00 Schulschluss, was die Schülerinnen und Schüler als zusätzliche Belastung gerade in den Phasen des Vorabiturs, aber auch direkt vor dem Abitur stark unter Druck setzt. Die zwei Stunden, in denen das Seminarfach pro Woche unterrichtet wird, könnten generell besser zur Unterrichtsnachbereitung, Hausaufgabenbearbeitung und Klausurvorbereitung genutzt werden. Die Themen des Seminarfachs, in Q3 eine Projektarbeit sowie in Q4 die Studienberatung, sind hierbei weniger wichtig. Während die Ergebnisse der Projektarbeit oftmals nicht gymnasialem Niveau entsprechen (z.B. Bau einer Nudelbrücke, Entwurf eines Brettspiels, Aufnahme eines Films), kann eine individuelle Studienberatung in einem Kurs von 25–30 Schülerinnen und Schülern nicht stattfinden. Außerdem wird die Note des Seminarfachs in Q4 oftmals aufgrund der Regeln zur Noteneinbringung (zwei Seminarfachnoten müssen eingebracht werden, die eine davon aus Q2 und eine mit Q2 zusammenhängend) nicht benötigt und ist nicht relevant. Gleichzeitig ist die Vorbereitung sowie das Verfassen einer Facharbeit eine erforderliche und wichtige Vorbereitung auf das wissenschaftliche Arbeiten an einer Universität. Die Kleine Hausarbeit in Q1 ist hierzu eine gute erste Übung.

S 005

Kreisverband Göttingen (01)

Beschluss: Angenommen

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schüler Union Niedersachsen fordert die Landesregierung und das Kultusministerium auf, die Schulgesetznovelle zurückzuziehen.

Begründung:

**Beschlussmappe zum 45. Landesdelegiertentag der Schüler Union Niedersachsen
27./28.06.2015 Cuxhaven**

Die Mehrarbeit für Gymnasiallehrer ist verfassungswidrig und hat uns gezeigt, dass die Kultusministerin absolut keine Ahnung von Bildung hat. Sie trampelt die mühsamen Errungenschaften der Schüler kaputt und sät überall Zwietracht. Dies ist nicht ihre Aufgabe und zudem ein Hinweis auf ihre Unfähigkeit. Sie hat den Protest gegen die Mehrarbeit nicht angenommen und doch erwies er sich als richtig. Eben jene Personen, die sich auch gegen die Mehrarbeit ausgesprochen haben, treten auch der Schulgesetznovelle negativ gegenüber. Die Minister und die Landesregierung sollten auf jene, die schon mal recht hatten, hören und ihre Reformen erneut überdenken.

S 006

Kreisverband Göttingen (02)

Beschluss: Abgelehnt

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schüler Union Niedersachsen fordert die Gymnasiallehrer in Niedersachsen dazu auf, den Klassenfahrtenboykott sofort auszusetzen.

Begründung:

Der Grund für den Boykott ist entfallen und dies wäre ein Schritt für die bessere Zusammenarbeit von Lehrern und Schüler gegen die Ungerechtigkeiten unseres Bildungssystems.

S 007

Kreisverband Helmstedt (01)

Beschluss: Überweisung in den Landesvorstand

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schülerunion Niedersachsen fordert eine Fahrtkostenerstattung (Bahn, Bus) für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe.

Begründung:

Die Anreise per Bus oder Bahn zum jeweiligen Gymnasium ist für Schülerinnen und Schüler und deren Eltern ein nicht unerheblicher Kostenfaktor. Da wir aber der Meinung sind, dass der Besuch der gymnasialen Oberstufe nicht durch zu hohe Reisekosten behindert werden sollte, welche aber gerade für einkommensschwächere Familien ein Ausschlusskriterium sein können, sehen wir eine

**Beschlussmappe zum 45. Landesdelegiertentag der Schüler Union Niedersachsen
27./28.06.2015 Cuxhaven**

Notwendigkeit in der zumindest teilweisen Übernahme der Anfahrtskosten zum
Gymnasium.

S 008

Kreisverband Helmstedt (02)

Beschluss: Nichtbefassung; vom Antragsteller zurückgezogen

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schülerunion Niedersachsen fordert das obligatorische Tragen eines
Fahrradhelmes bis zur Vollendung des 14. Lebensjahrs.

Begründung:

Das Tragen eines Helms beim Fahrradfahren ist in der heutigen Zeit nicht sehr
angesehen, gilt bei vielen Kindern und Jugendlichen als „uncool“. Daher gibt es
nur Wenige, die einen schützenden Helm im Straßenverkehr nutzen. Doch ähnlich
wie ein Sicherheitsgurt im Auto dient der Fahrradhelm dem Schutz des Betroffenen
vor Verletzungen, sollte es zu einem Unfall kommen und ist daher unabdingbar.

Dabei ist es offensichtlich, dass viele ernsthafte Verletzungen bei einem Unfall
verhindert werden könnten, wenn ein Helm getragen werden würde.

Da Kinder und Jugendliche bis 14 Jahren sich dieser Tatsache aufgrund ihres Alters
oft nicht bewusst sind, sollte der Gesetzgeber eine Helmpflicht für diese Altersklasse
einführen.

S 009

Kreisverband Helmstedt (03)

Beschluss: Angenommen

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Im Allgemeinen steht und kämpft die Schüler Union Niedersachsen für und um den
Erhalt der schulischen Vielfalt in Form aller Schulformen, die von der rot-grünen
Landesregierung gegenüber den integrativen Gesamtschulen (IGS) stark benachteiligt
werden. Außerdem fordert die Schüler Union Niedersachsen die rot-grüne
Landesregierung, insbesondere aber Kultusministerin Heiligenstadt, auf, sich von ihrer
bisherigen Bildungspolitik zu entfernen.

Begründung:

Beschlussmappe zum 45. Landesdelegiertentag der Schüler Union Niedersachsen 27./28.06.2015 Cuxhaven

Wir sehen in der schulischen Vielfalt in Niedersachsen eine entscheidende Stärke unseres Schulsystems, die durch die Vereinheitlichung der Schulen hin zu den integrativen Gesamtschulen genommen wird.

Die rot-grüne Politik ist von rot-grünen Ideologien durchzogen und hat die Realitätswahrnehmung verloren. Anstatt Politik gegen die Schüler, Eltern und Lehrer zu machen, sollte die Landesregierung sich darauf konzentrieren, Politik für selbige zu machen. Denn am Beispiel der OpenPetition gegen die Schulgesetzänderung zeigt sich, dass die beschlossenen Gesetze nicht dem Willen der Betroffenen entsprechen. Der Umgang im Landtag mit diesem Einwand der Bevölkerung zeigt aber auch, wie die Landesregierung mit den Interessen seiner Bürger umgeht.

S 010

Kreisverband Helmstedt (04)

Beschluss: Angenommen

Der 45. Landesdelegiertentag möge beschließen:

Die Schülerunion Niedersachsen fordert den Rücktritt der Kultusministerin Frauke Heiligenstadt.

Begründung:

Das Urteil des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg gestern hat deutlich gezeigt, wie stümperhaft und unprofessionell das Kultusministerium unter Frau Heiligenstadt arbeitet. Denn die erlassene Erhöhung der Regelstundenzahl von Gymnasiallehrern widerspricht dem Grundgesetz und ist deswegen unwirksam. Das Gericht stellte weiter fest, dass die Änderungen der Landesregierung weder inhaltlich, noch juristisch ausreichend begründet und überprüft wurden. Dabei ist offensichtlich, dass diese Maßnahme nur dazu diente, möglichst schnell die von rot-grün versprochene „Zukunftsoffensive Bildung“ mit zu finanzieren, da durch die Mehrarbeit 35 Mio. EUR eingespart werden sollten, gut ein Drittel der Gesamtkosten dieses Bildungspaketes.

Mit dieser Arbeitszeiterhöhung hat die Landesregierung gegen seine Fürsorgepflicht als Dienstherr verstoßen. Alle diese Punkte sind Frau Heiligenstadt anzulasten, da ihr als Kultusministerin die Leitung dieser Angelegenheiten oblag, sie ist also in die Verantwortung zu nehmen.

Außerdem ist eine Kultusministerin, die nicht nach Recht und Gesetz, sondern nur nach Parteiideologie handelt, um Wahlkampfversprechungen und Programme der Landesregierung zu finanzieren, nicht mehr tragbar!